

Landtagswahl NRW 2010

Wirtschaftspolitische Programme im Vergleich: Leitideen – Gemeinsamkeiten – Differenzen

Dieter Schöffmann, Köln, 6. April 2010

Ver02

0 Vorbemerkungen

- Soziale Marktwirtschaft:
LINKE < SPD < GRÜNE > CDU > FDP
- Mittelstand ist allen wichtig.
- Klima ist für alle – unterschiedlich stark und ausdifferenziert – ein Thema.
- Wasser ist außer für die Grünen ein Thema.

1 Bündnis 90 / Die Grünen

Grüne Wirtschaftspolitik beruht auf dem **Leitbild der nachhaltigen Wirtschaft**. Sie basiert auf einer Wirtschaftsordnung, die soziale Gerechtigkeit und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zum Ziel hat. Sie geht von dem Grundsatz aus, dass wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt allen zugute kommen muss und nicht nur einigen wenigen.

[Zweck und Legitimation von Wirtschaft ist die optimale Versorgung der Gesellschaft – mit mehr Nutzen als Schaden für die Gesellschaft.

Für Unternehmen als Wirtschaftssubjekte sind Gewinnerzielung und Steigerung des Unternehmenswertes wesentliche Motivatoren für ihr Handeln.

„Der Markt“, auf dem Angebot und Nachfrage in den Austausch treten, funktioniert insbesondere dann, wenn der Wettbewerb vollkommen und die Preise vollständig und transparent gebildet werden.

Märkte sowie das Handeln der Wirtschaftssubjekte bedürfen im Interesse des nachhaltigen Nutzens für die Gesellschaft, des Erhalts von Wettbewerb, der Internalisierung gesellschaftlicher Kosten und des Erhalts von Zugangs- und Teilhabechancen eines Ordnungsrahmens und „Blindheit“ korrigierender Regeln.]

Erfolgreiche Marktwirtschaft braucht einen **starken staatlichen Rahmen**. Mit Grüner Wirtschaftspolitik sind Staat und Gesellschaft hier stärker gefordert sind, transparent und dauerhaft einen Rahmen für unsere Marktwirtschaft auf der Grundlage einer klaren Werteorientierung zu setzen. Unser Leitbild ist nicht der Laissez-faire-Staat, der im Nachhinein seine Steuerzahler die Zeche zahlen lässt.

Zu Grüner Wirtschaftspolitik gehört deshalb auch die Erkenntnis, dass der Staat in der aktuellen Krise nicht jedes Unternehmen retten kann. Hilfen für die Wirtschaft werden wir daran messen, ob sie einen sozial-ökologischen Umbau befördern oder nicht.

Sinnvoll regulierte Märkte sind ein effizientes Instrument, wenn es darum geht, Ressourcen wirkungsvoll einzusetzen und Innovationen zu fördern.

Auch die einseitige Fixierung auf quantitatives **Wirtschaftswachstum** widerspricht den Erfordernissen für nachhaltiges Wirtschaften: Wir brauchen einen kritischen Wachstumsdiskurs in der Gesellschaft. Aufgabe einer Politik, die auf nachhaltiges Wirtschaften setzt, ist es daher, wirtschaftspolitische Konzepte für qualitatives Wachstum zu erarbeiten.

„**Privat vor Staat**“ ist der **falsche Weg**. Wir Grünen treten für eine Balance zwischen privater Unternehmenstätigkeit und öffentlich wie gemeinwirtschaftlich erbrachter Leistung ein. Wir wollen private Investitionen, wo sie möglich sind, und wollen öffentliche Daseinsvorsorge erhalten, wo es nötig ist.

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen muss .. wiederhergestellt und mit dem europäischen Recht in Einklang gebracht werden.

Der **Kampf gegen den Klimawandel** bietet immense Chancen für eine neue Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Nichts weniger als ein **radikaler Wandel unserer Wirtschaft sowie teilweise auch unserer Werte und unserer Lebensweise** sind erforderlich, wenn wir die Klimafolgen begrenzen und auch in Zukunft nur annähernd unseren jetzigen Lebensstandard erhalten wollen.

Wir setzen auf eine „**Drei-E-Strategie**“: Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung. Wir wollen NRW zum Land der Erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung machen, statt auf neue großindustrielle CO2-Schleudern zu setzen.

Mit einem **ökologischen Umsteuern in der Wirtschaftspolitik** können wir das **grüne Wirtschaftswunder schaffen**. Dadurch gibt es die Chance auf zusätzliche 200.000 Arbeitsplätze.

? „Neue Jobs“ – zusätzlich zu den alten oder stattdessen?

Wenn NRW den Anschluss an die ökologische industrielle Revolution verpasst, werden die Arbeitsplätze der Zukunft in den Ländern entstehen, die heute schon verstehen, dass die Zukunft von Wirtschaft und Wohlstand grün sein muss. Darum wollen wir Grünen in NRW einen ökologischen Aufbruch in der Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs- und Sozialpolitik – den **Green New Deal**.

[Wir brauchen] ein ehrgeiziges „**Umweltwirtschaftsprogramm NRW**“, in dem Gesetze, Förderprogramme und Beratung gebündelt werden. Damit wollen wir insbesondere **fünf Leitmärkte** für NRW entwickeln: 1. Energieeffizienz/erneuerbare Energien; 2. Rohstoff- und Materialeffizienz; 3. nachhaltige Wasserwirtschaft; 4. Kreislauf-/Entsorgungswirtschaft; 5. neue Mobilität

Gute **Bildung** ist der Schlüssel sowohl für ein wirtschaftsstarkes Land, als auch für den sozialen Zusammenhalt in NRW. Und gute Bildung ist zudem der Schlüssel für unsere nachfolgenden Generationen, um die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können

Haushaltspolitik: Wir halten es für vertretbar, **Schulden für echte Zukunftsinvestitionen** zu machen. Diejenigen, die diese Schulden bezahlen – nämlich spätere Generationen – müssen von diesen Investitionen profitieren können.

Landesbanken: Allerdings sollte die Vielzahl der **Landesbanken** nach und nach auf ein Institut reduziert werden.

2 SPD

Wir wollen **dem Einfluss .. marktradikalen Denkens auf die Politik ein Ende setzen**. Die Wirtschaft muss wieder für die Menschen da sein, nicht umgekehrt. Wir Sozialdemokraten wissen: Der **Markt** ist ein **schlechter Herr**, aber er kann ein **guter Knecht** sein.

Maßstab unserer Wirtschaftspolitik ist der unternehmerische Erfolg, der langfristige Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung über kurzfristige Renditen und Bonuszahlungen stellt. Wir wissen, dass die aller-

meisten Unternehmer dies auch so sehen. Unsere moderne Wirtschaftspolitik eröffnet Chancen für Wachstum und Beschäftigung und überwindet bestehende Blockaden.

Die Mittel wollen wir dort einsetzen, wo der Problemdruck am größten ist. Deshalb war der von der schwarz-gelben Regierung eingeschlagene Weg falsch, **Fördermittel in landesweiten Wettbewerben zu vergeben** und damit die unterschiedlichen Standortbedingungen zu ignorieren. Dies schadet nicht nur den benachteiligten Regionen, sondern ganz NRW.

In den Bereichen Erziehung, Gesundheit und Pflege und in der Kreativwirtschaft können in den nächsten Jahren **zigtausende neuer Arbeitsplätze** entstehen, wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schafft. Dafür werden wir sorgen.

Wir verteidigen den **leistungsfähigen Staat**: Wir dürfen die Gestaltung unserer Zukunft nicht dem Markt überlassen. Eine solidarische Gesundheitsversorgung, ein Bildungssystem der gleichen Chancen für alle, Klimaschutz und ökologische Industrialisierung, ein **Sozialstaat als Bürgerrecht**, der Schutz von Freiheit und Sicherheit - kurzum eine menschenwürdige Zukunft für unser Land - verlangen einen handlungsfähigen Staat. Er muss über ausreichende Finanzmittel verfügen, um seiner gesellschaftlichen Verantwortung im Dienste der Bürger gerecht zu werden.

Zukunft gestalten bedeutet, technologische und wirtschaftliche Innovationen in Einklang mit sozialem und ökologischem Fortschritt zu bringen. Innovationen und Technologie sind kein Selbstzweck, sondern Mittel im Dienst von Menschen, Arbeit und Umwelt. **Klimaschutz** ist keine Bedrohung, sondern **eine gro-Be Chance** für Wirtschaft und Forschung in unserem Lande. Investitionen in **hocheffiziente Kraftwerke** und erneuerbare Energien schützen das Klima, senken die Kosten und sichern Arbeitsplätze.

Der Dreiklang von wirtschaftlicher Dynamik, ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit ist das Markenzeichen sozialdemokratischer Politik in NRW. Wir werden den Klimaschutz zum Fortschrittsmotor machen.

Wir wollen den Klimaschutz zu einem Fortschrittsmotor für unser Land machen: Deshalb **stoppen** wir den Weg zurück in die **Atomkraft**, setzen auf erneuerbare Energien und ökologische Modernisierung unserer Industrie. Wir wollen **Natur und Umwelt in NRW schützen**. Gerade in einem Industrieland mit vielen Menschen brauchen wir Rückzugsräume für Mensch und Natur.

Da NRW für ca. 38 % der bundesweiten CO₂-Emissionen verantwortlich ist, müssen wir **beim Klimaschutz Vorreiter** werden.

In Nordrhein-Westfalen werden wir beweisen: Fortschritt entsteht, wenn wir die Herausforderungen des Klimaschutzes beherzt meistern. Die SPD hat schon einmal gezeigt, dass "Der blaue Himmel über der Ruhr" erreicht werden kann. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt: **wir machen aus dem Ruhrgebiet eine Öko-Region, in der für Kohle, Stahl und Chemie Platz ist**. Wir machen ganz NRW zum europäischen Zentrum des Fortschrittsmotors Klimaschutz. Wir nutzen die Herausforderungen des Klimawandels als Antrieb für eine neue wirtschaftliche Dynamik und für die soziale Gestaltung des weiteren Strukturwandels.

Die neue Landesregierung wird ein für die Zukunft des Landes so entscheidendes Projekt wie die **ökologische Industrialisierung nicht allein den Märkten überlassen**.

Seine Notwendigkeit und seine Perspektiven ergeben sich ja gerade aus den historischen Ausmaßen des Marktversagens. Eben weil die Märkte von sich aus unfähig waren, bei der Entwicklung neuer Technologien die ökologischen Interessen in Rechnung zu stellen, **kann die Ökologisierung der Industrie nur ein politisches Projekt sein**. Sie kann freilich auch nicht gegen die Märkte zum Erfolg geführt werden, sondern nur mit den Märkten. Aber nicht indem sie den Märkten hinterherhinkt, sondern indem sie die **Rahmenbedingungen und die politischen Impulse** so setzt, dass **die Märkte der Politik** folgen. Der Staat geht als Pionier der Entwicklung voraus und setzt seine Daten in die Märkte hinein.

Das ist die **Strategie der ökologischen Leitmärkte**. Sie müssen einer Logik der Spezialisierung folgen, die bei dem beginnt, was unser Land jetzt und künftig am besten kann.

Effizienztechnologie, Solarenergie, **CO₂-arme Kohleverbrennung**, umweltgerechte Mobilitätstechnologien sind Technikfelder, auf denen revolutionäre Fortschritte absehbar sind, die unsere eigene Industriebasis voranbringen und zukunftsfest machen und gleichzeitig Arbeitsplätze bei uns sicher machen. Sie sichern unserem Land für lange Zeit Exportchancen gerade in den Bereichen, deren Wachstum auf den Weltmärkten gewährleistet ist.

Moderne Technologien wie CCS sichern dabei die Klimafreundlichkeit.

Wir werden unsere **Abhängigkeit von Energieimporten verringern**. Der Import von Öl, Gas, Kohle und Uran kostet uns viele Milliarden Euro jährlich. Deshalb müssen wir durch Einsparungen den Energiebedarf senken und wo immer es möglich ist, konsequent auf heimische Energien setzen, die die Wertschöpfung bei uns in NRW sichern. Arbeitsplätze entstehen durch heimischen Bergbau, eigene Kraftwerke oder die Nutzung von Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse. Wir werden die Anteile der regenerativen Energien deutlich steigern. Erneuerbare Energien müssen ein zentrales Kompetenzthema in NRW werden. Die vorhandenen Kapazitäten in Forschung, Lehre und Produktion sind dazu weiterzuentwickeln. Daneben ist es für uns und die Unabhängigkeit unseres Industriestandorts unverzichtbar, dass wir die **heimische Braunkohle** weiter planmäßig abbauen und den **Sockelbergbau in der Steinkohle** weiter erhalten.

Wir werden den **Stromverbrauch senken** und suchen dazu den Dialog mit Energieversorgern, Städten und Gemeinden, Verbraucherzentralen und Energieagentur. Wir wollen den Menschen beim Strom sparen helfen und dazu alle Möglichkeiten nutzen, z.B. auch neue Finanzierungsmodelle für sparsamere Elektrogeräte wie Kühlschränke oder Waschmaschinen.

Wir organisieren den **Durchbruch der erneuerbaren Energien in NRW**. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Verteilungsgerechtigkeit sind für uns grundlegend. Derzeit liegen wir im Vergleich der Bundesländer auf einem beschämenden 12. Platz. Jetzt gilt es, Hemmnisse für den Ausbau erneuerbarer Energien abzubauen.

Wir werden **hocheffiziente und klimafreundliche Kohlekraftwerke** fördern. Deshalb sollen diejenigen Zuschüsse aus den Einnahmen des Emissionshandels erhalten können, die in neue hocheffiziente Kraftwerke, weitestgehend mit Kraft-Wärme-Kopplung, investieren. Wir fordern aber auch von den Betreibern die Realisierung klimaschonender Kohlekraftwerke mit CO₂-Abtrennung und -Speicherung (Carbon Capture and Storage-CCS). Im Gegenzug werden wir uns dafür einsetzen dass die politischen Rahmenbedingungen dazu geschaffen werden. Nur eine saubere Kohlenutzung ist eine sinnvolle Kohlenutzung.

Auf der Grundlage der Umsetzung der Vorgaben der EU-Kommission muss die **WestLB** daher in einen Fusionsprozess hineingeführt werden, an dessen Ende bundesweit eine Landesbank stehen soll.

3 Die Linke

Wie die Geschichte zeigt, **bringt der Kapitalismus immer wieder Krisen hervor**, die durch Vernichtung von überakkumuliertem Kapital sowie durch verschärfte Ausbeutung von Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen scheinbar „überwunden“ werden – bis sich die Widersprüche zur nächsten Krise zuspitzen. Die Folgen dieses kapitalistischen Raubbaus sind katastrophal. Sie rufen nicht nur zunehmende Armut und Missstände hervor, sondern gefährden das Überleben der Menschen und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

Das neoliberale Wirtschaftsmodell der Regierungen auf Bundes- und Landesebene ist auf den Export ausgerichtet, während die Binnenwirtschaft vernachlässigt wird. Um die Exportproduktion wettbewerbsfähiger zu machen, wurde und wird Lohndumping betrieben.

... Die schwarz-gelbe Energiepolitik ist durch die Lobbyarbeit von RWE und E.ON beeinflusst, und öffentliches Eigentum aus dem Bereich der Daseinsvorsorge wird an den Meistbietenden verschärft. Diesem **neoliberalen Mainstream** haben sich auch **SPD und Grüne** angeschlossen und sind deswegen keine Alternative.

NRW braucht einen **wirtschaftspolitischen Kurswechsel**: Im Vordergrund stehen dabei die **Stärkung des öffentlichen und privaten Binnenmarktes, Wirtschaftsdemokratisierung und sozial-ökologische Erneuerung** statt Massenentlassungen, Lohnverzicht und Marktberäumung auf Kosten der Beschäftigten und der Umwelt. Wirtschaft muss wieder für die Menschen da sein statt für die Profiteure einiger weniger Aktionäre. Die Sozialbindung des Eigentums muss wieder hergestellt werden. Mit einem Konjunkturprogramm und einem demokratisch kontrollierten Zukunftsfonds für den industriellen Umbau können Hunderttausende von Arbeitsplätzen in NRW mit guter statt prekärer Arbeit gesichert oder neu geschaffen werden. Öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und erneuerbare Energien müssen ausgeweitet, **mehr öffentliches Personal muss eingestellt werden**.

Unsere **linke Alternative** ist der **demokratische Sozialismus**. Wir verstehen darunter eine Gesellschaft, welche die Ausbeutung von Mensch und Natur überwindet. Dies ist nur dann möglich, wenn der Einsatz natürlicher Ressourcen sowie die Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums rational, sozial gerecht, nachhaltig und demokratisch geregelt werden.

DIE LINKE. NRW ist die Partei der Umverteilung von oben nach unten.

DIE LINKE. NRW ist die Partei der **Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverluste**. Arbeit muss auf alle gerecht verteilt werden. Wir fordern eine neue Zeitverteilung und -verfügung.

Der demokratisch legitimierte Staat, die gewählte Politik, **muss für eine übergreifende wirtschaftspolitische Strategie** sorgen. Deren Eckpunkte bestehen in Vollbeschäftigung, sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit. Dazu darf der Staat nicht weiter, gemäß neoliberaler Diktion, zu einem Anhängsel der Wirtschaft verkümmern, sondern er hat die Wirtschaft auszusteuern und zu kontrollieren. Sonst besteht die Gefahr, dass im Markt- und Wettbewerbsgeschehen noch weitere wirtschaftliche Machtgebilde entstehen.

Ein **demokratisches Wirtschaftsreformkonzept** verlangt, dass zukünftig staatliche Subventionen an die Wirtschaft nur noch dann zu gewähren sind, wenn diese **Subventionen zu einer staatlichen Beteiligung an den privatwirtschaftlichen Unternehmen führen** und durch einen demokratischen Beirat gesellschaftlicher Gruppen kontrolliert werden. Dies muss verbunden werden mit erweiterten Mitbestimmungsrechten der Belegschaften. Die paritätische Mitbestimmung und die Mitbestimmungsbefugnisse sollen zum Beispiel auf Standortverlagerungen, Verkäufe und andere unternehmensrelevante Bereiche ausgeweitet werden. **Die Aufsichtsratsvertreterinnen und -vertreter sind auf volkswirtschaftliche und beschäftigungspolitische Ziele zu verpflichten**.

DIE LINKE. NRW ist die Partei **des sozialen und ökologischen Umbaus**. Wir wollen den kapitalistischen Raubbau beenden, der wachsende Armut und Missstände hervorbringt und das Überleben der Menschen gefährdet.

Für einen branchenübergreifenden, öffentlichen **Zukunftsfonds für nachhaltige Industrieinnovationen**. Dieser Fonds bündelt Landesbürgschaften, Kredite und Subventionen unter Einschluss der Mittel der NRW-Bank für Beteiligungen an Industrieunternehmen. Er soll über eine Anleihe finanziert werden. Die Gelder werden zweckgebunden für die Umstellung der Produktion auf Ressourcen- und Energieeffizienz, sozial-ökologische Erneuerung, Qualitätsprodukte und Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe vergeben. Die längst überfällige Erneuerung, zum Beispiel der Automobilindustrie und der Energiewirtschaft in NRW, muss heute beginnen. Der Zukunftsfonds wird durch einen Beirat kontrolliert, in dem maßgeblich Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Hand, aber auch gesellschaftlicher Gruppen

wie Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände, Handels- und Handwerkskammern, Arbeitgeberverbände und Sparkassen bzw. NRW-Bank, beteiligt sind. Die Vergabe der Mittel erfolgt als Beteiligung und wird mit Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Belegschaften, ihrer betrieblichen Vertretungen und Gewerkschaften auf die Geschäftspolitik verknüpft. Die öffentliche Hand hat in der Vergangenheit und auch heute in vielen Branchen, wie beispielsweise der Stahlindustrie und im Bergbau, gewaltige Subventionen gezahlt. Hier wurden nicht selten die Verluste sozialisiert und die Gewinne privatisiert. Das muss sich ändern.

Für eine neue Strukturpolitik im Ruhrgebiet: Mittelfristig wollen wir **den Sockelbergbau erhalten**. Gleichzeitig setzen wir auf eine langfristige Strategie, die genügend zukunftsfähige Ersatzarbeitsplätze für die Bewältigung des Strukturwandels in den vom Bergbau geprägten Städten des Ruhrgebietes und des Münsterlandes schafft.

DIE LINKE. NRW steht für eine **wirksame und sozial gerechte Umweltpolitik**, die die Ausbeutung von Mensch und Natur überwindet. Wir fordern ein umfassendes Programm zur Förderung erneuerbarer Energien für NRW mit der Perspektive, damit den vollständigen Energiebedarf zu decken. Dabei stehen wir an der Seite der abhängig Beschäftigten in den umweltfeindlichen Anlagen: Sie haben ein Recht auf Einkommensschutz und neue Arbeitsplätze.

Für eine **industriepolitische Kehrtwende** in NRW: Der **Abbau von Überkapazitäten** wie zum Beispiel beim Autobau muss mit der **Schaffung mindestens ebenso vieler Arbeitsplätze im Bereich der neuen Verkehrssysteme**, der ökologischen Energieversorgung und der Ressourcen schonenden Produkte einhergehen. Statt den Abbau von tausenden Arbeitsplätzen beispielsweise bei Opel mit Milliardensummen zu subventionieren, sollte Opel mit Hilfe von Land und Bund zu einem sozialen und ökologischen Mobilitätskonzern umgebaut werden. Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen und die Arbeitsplätze bei Opel zu retten, fordern wir die Überführung von Opel in öffentliche Hand verbunden mit der Einführung umfangreicher Belegschaftsanteile.

Der **Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie** sowie der äußerst klimaschädlichen Braunkohleverstromung hat für DIE LINKE. NRW höchste Priorität. Außerdem treten wir, unter Berücksichtigung des Sockelbergbaus, für einen **Ausstieg aus der Steinkohleverstromung** ein und unterstützen die Initiativen **gegen Kohlegroßkraftwerke vor Ort**. In NRW dürfen **keine neuen Kohlekraftwerke** errichtet werden. Wir setzen auf optimale Energieeinsparung, die massive Förderung regenerativer Energien wie Solar-, Wind- und Wasserenergie sowie Geothermie und Biogas. Für eine Übergangszeit sind Gaskraftwerke verstärkt zu nutzen und alle Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung zu betreiben.

Gegen die Privatisierung der **WestLB** und für den Erhalt ihrer Standorte in NRW. Die WestLB muss auf eine solide und gemeinwohlorientierte Politik verpflichtet, demokratisiert und in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt werden.

Für einen **starken Öffentlichen Dienst**:

Der Öffentliche Dienst muss seiner Vorbildfunktion für die Wirtschaft im positiven Sinne gerecht werden. Mehr Personal überall, mehr Geld für mehr Beförderungen im öffentlichen Dienst.

Das Streikrecht auch für Beamte.

Die Umstellung der Landes- und der kommunalen **Haushaltssystematik** von der Kameralistik auf das neue kommunale Finanzmanagement (NKF) **darf** in der Praxis **nicht zu einem weiteren Einzug betriebswirtschaftlicher Philosophie in die Verwaltungen führen**.

4 CDU

Dass Freiheit und Sicherheit zusammengehören, ist der Kern der **Sozialen Marktwirtschaft**. Damit die Soziale Marktwirtschaft Erfolg hat, müssen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften ihren Beitrag leisten.

Ihr Grundsatz „Erarbeiten kommt vor Verteilen“ ist für uns Maßstab.

Die Soziale Marktwirtschaft setzt auf starke Unternehmer. Aber ohne einen starken Staat wird die Gesellschaft auseinanderfallen. Ein starker Staat ist ein Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert – und das heißt, elementare Sicherheiten zu garantieren und Chancen zu eröffnen. In diesem Sinn muss er ein solidarischer Sozialstaat sein. Auf diesen solidarischen Sozialstaat sollen sich auch unsere Kinder und Enkel noch verlassen können.

Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, dass die Soziale Marktwirtschaft nur eine Zukunft hat, wenn wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit einhergeht.

Die große Leistung der CDU war und ist es, Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht als Gegensatz, sondern als Einheit zu verstehen.

Wachstum schafft Arbeit: Unsere **langfristig orientierte Politik für mehr Wachstum** setzt darauf, die eigenen Stärken zu stärken. Wir sind und bleiben Industrieland. Deshalb müssen wir unsere industriellen Kerne stärken. Und das tun wir am besten durch Vernetzung, denn sie ist der Schlüssel zum Erfolg. Unsere Kernkompetenzen liegen in der Logistik, in der Energiewirtschaft, in der Chemie, im Bereich der Materialwirtschaft und der neuen Werkstoffe, aber auch bei Telekommunikation, Medien und Kreativwirtschaft. Ein besonderer Jobmotor ist auch die Gesundheitswirtschaft, die wir gezielt fördern, u.a. mit dem neuen Gesundheitscampus in Bochum. In all diesen Bereichen werden wir unsere Cluster-Strategie noch weiter ausbauen.

Eine große Aufgabe ist die **Balance von Ökologie und Ökonomie**. Die Bewahrung der Schöpfung ist Voraussetzung einer guten Zukunft für uns und kommende Generationen.

Wir nehmen diese Aufgabe an. 2009 haben wir so viel in den Naturschutz investiert wie nie zuvor in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Mit Innovationen im Trinkwasserschutz, mit langfristigen Investitionen für sichere Deiche und mit wirksamen Strategien gegen Luft- und Lärmbelastungen sorgen wir für Umweltsicherheit, Gesundheit und Lebensqualität.

Mit 100 neuen Alleen haben wir ein sichtbares Zeichen gesetzt, wie wichtig uns Umwelt und Landschaft sind. Ideologie und Blockaden in der Umweltpolitik haben wir durch Dialog und Beteiligung abgelöst. Ein Beitrag ist der Dialog Wirtschaft und Umwelt mit Konzepten für schlanke Verwaltung und freiwilligen Umweltleistungen von Unternehmen und Branchen. Diesen Weg setzen wir fort.

Aber für uns gilt auch, dass **Industrie und Umweltschutz keine Gegensätze** sind. Die Industrie wurde in der Vergangenheit zu oft als Problem für die Umwelt gebrandmarkt. Das ist falsch. Die Industrie ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Deshalb haben wir den „Dialog Industrie und Umwelt“ gegründet und die „Allianz für Industrie und Nachhaltigkeit“ ins Leben gerufen. Wir wissen um unsere besondere Verantwortung und auch die Chancen, die sich für uns als Energieland Nr. 1 ergeben. Um das Ziel einer begrenzten Erderwärmung zu erreichen, müssen wir uns mit der **Abscheidung und Speicherung von CO2 beschäftigen**, damit unsere Gas- und Kohlekraftwerke, aber auch unserer Industrieprozesse zukunftsfähig bleiben. Bis die CO2-Abscheidung wettbewerbsfähig ist, **brauchen wir weitere hocheffiziente Gas- und Kohlekraftwerke, die alte Kraftwerke ersetzen und unseren wirtschaftlichen Vorsprung sichern**.

Die **Erneuerbaren Energien** haben in NRW das Potenzial, unsere Energieversorgung nachhaltig und wirtschaftlich zu sichern.

Wir beschäftigen in NRW bereits beinahe ebenso viele Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien wie im Bergbau. Die Investitionen in Erneuerbare Energien, aber auch in hocheffiziente Kraftwerkstechnologien bringen weiteres wirtschaftliches Wachstum, eine Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit und mehr Arbeitsplätze für NRW. Bis 2020 werden wir damit die CO2-Emissionen Nordrhein-

Westfalens um 81 Mio. Tonnen reduzieren. Das sind rund 44 Prozent des Einsparvolumens, das die Bundesregierung bis 2020 anstrebt.

Klimaschutz ist eine große Chance für effiziente und regenerative Umwelttechnologien. Einseitige Emissionsbeschränkungen führen zu einer unverhältnismäßigen Belastung besonders energieabhängiger Branchen. Deshalb setzen wir auf eine Ausdehnung verbindlicher Standards über Europas Grenzen hinaus.

Für die Zukunft gilt: Wir sind und bleiben Industrieland. Aber wir wollen auch zum **Vorreiter einer Umweltpolitik der Zukunft** werden. Wir arbeiten an der **Vision einer neuen grünen Mitte in der Metropole Ruhr** – mit dem größten wasserwirtschaftlichen Projekt Europas, das die Emscher wieder zu einem sauberen Fluss und zum Lebensmittelpunkt einer ganzen Region macht. Nicht umsonst wird schon heute vom „Wunder der Emscher“ gesprochen.

5 FDP

Mit harter Arbeit haben wir unsere Prinzipien „**Freiheit vor Gleichheit**“, „**Privat vor Staat**“ und „**Erwirtschaften vor Verteilen**“ in mutige Reformpolitik umgesetzt.

Die FDP NRW steht für einen klaren **ordnungspolitischen Kurs**. Wir setzen uns für einen **starken Mittelstand** ein, weil wir wissen, dass die kleinen und mittleren Unternehmen das Rückgrat unserer Gesellschaft sind.

Die FDP ist die Partei der Erneuerung der **Sozialen Marktwirtschaft** mit ihren Prinzipien Privateigentum, Vertragsfreiheit, freie Preisbildung und Berechenbarkeit der wirtschaftspolitischen Rahmensetzung.

Wir setzen auf **Wettbewerb**, denn er sorgt für wirtschaftliche Dynamik und **Innovation**. Er ist ein hochwirksames Entdeckungsverfahren für neue Produkte, verbesserte Verfahren und neue Absatz- und Beschaffungsmärkte. Der **Staat soll sich** aus **wirtschaftlicher Betätigung** zu Gunsten privatwirtschaftlichen Engagements und des Wettbewerbs **zurücknehmen**.

Die Kraft des Wettbewerbs und die Mechanismen der Marktwirtschaft werden wir durch eine **intelligente Gestaltung der Rahmenbedingungen** verstärkt auch für ein **Ressourcen schonendes und sozial gerechtes Wachstum** nutzen.

Wir haben eine **Energie- und Klimaschutzstrategie** entwickelt, die den CO₂-Ausstoß in NRW bis 2020 um 33 Prozent verringern wird. Die FDP begreift den Klimaschutz als große industriepolitische Chance mit positiven Effekten für Beschäftigung und Wachstum.

Der **Klimawandel**, eine weiter steigende Erdbevölkerung und gleichzeitig immer knapper werdende natürliche Ressourcen stellen die Menschheit vor gewaltige Herausforderungen. Für eine friedliche und sozial gerechte Zukunftsentwicklung brauchen wir vor allem eins: **Innovationen**.

... Und auch für den **Schutz von Umwelt und Natur** wollen wir Innovationen stärker denn je vorantreiben und nutzbar machen.

Die FDP steht für eine **ideologiefreie Forschungspolitik**, die Risiken von Forschung und Innovationen nicht systematisch höher bewertet als ihre Chancen. Dies gilt ferner für die grüne Biotechnologie. Die deutschen Standards bei der Sicherheit müssen zum Vorteil bei der Entwicklung dieser Technologien werden, nicht zur Blockade.

Die FDP will kein Volkseigentum, sondern ein Volk von Eigentümern.

Energiepolitik ist für die FDP einer der wichtigsten Bereiche der Wirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherpolitik. Eine **preiswerte, umweltfreundliche und sichere Versorgung mit Energie** ist lebensnotwendig für Millionen von Haushalten, wie für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Sie ist entscheidend, um im internationalen Wettbewerb auch als Industriestandort zu bestehen. Die FDP steht für einen wirtschaftlich vertretbaren, ökologisch sinnvollen und **ideologiefreien Umgang mit allen Energieträgern**.

Wir brauchen die **Braunkohle** auch in Zukunft als Stützpfeiler in der Grundlast. Braunkohle ist der einzige heimische Energieträger, der wettbewerbsfähig und ohne staatliche Subventionen verstromt wird.

Die **Abscheidung, Verwertung und Speicherung von CO₂** werden wir durch Forschung, Entwicklung und Anwendung weiter nachhaltig unterstützen und auf die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen hinwirken.

Wir brauchen neue, **hochmoderne Steinkohlekraftwerke**. Der Kraftwerkspark muss erneuert werden: 50 Prozent der Kohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen sind älter als 31 Jahre, 20 Prozent sogar älter als 40 Jahre. Alte, ineffiziente Anlagen müssen vom Netz gehen und – um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden – durch moderne Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden und geringeren CO₂-Emissionen ersetzt werden. Daher setzt die FDP sich für die Umsetzung aller Projekte im Kraftwerkserneuerungsprogramm ein.

Zur Finanzierung des Wandels in der Energieversorgung favorisieren wir marktwirtschaftliche Instrumente wie sie im Kyoto-Protokoll verankert sind. Die Nutzung solcher Instrumente werden wir durch intensive Förderung von Beratung unterstützen.

Zur klimaneutralen Grundlastversorgung mit Strom werden wir auf absehbare Zeit weiterhin sichere **Kernkraftwerke als Brückentechnologie** benötigen. Wir haben den rotgrünen Beschluss, die Kernsicherheits- und Entsorgungsforschung in Nordrhein-Westfalen aufzugeben, im Interesse von Mensch und Umwelt korrigiert. Unter anderem durch die Besetzung neuer Lehrstühle haben wir die Forschung in diesem Bereich deutlich gestärkt.

Die FDP steht für die marktwirtschaftliche Erneuerung Nordrhein-Westfalens. Dabei stehen die 763.000 **kleinen und mittelständischen Unternehmen** im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik.

Nordrhein-Westfalen muss aber auch weiter ein **attraktiver Standort für Global Player** bleiben. ... Ziel liberaler Wirtschaftspolitik ist es daher, den **Industrieunternehmen** in Nordrhein-Westfalen **bestmögliche Rahmenbedingungen** zu bieten.

Die über 200.000 **Freiberufler** in Nordrhein-Westfalen mit ihren über 650.000 Beschäftigten und 30.000 Auszubildenden sind ein ebenso wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserem Land. Ihre Leistung wird zu oft nicht hinreichend gewürdigt. Für die FDP sind sie ein wichtiger Bestandteil der **Mittelstandspolitik**. Zugleich haben die Freiberufler eine große gesellschaftspolitische Bedeutung. Die FDP will die Freien Berufe weiterhin nach Kräften unterstützen, damit sie auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihre enorme Bedeutung für die Gesellschaft und als Wirtschaftsfaktor noch ausbauen können.

Mit dem neuen Gemeindewirtschaftsrecht, das der privaten Leistungserbringung Vorrang vor der Leistungserbringung durch die öffentliche Hand einräumt, haben wir **Handwerk und Mittelstand vor unfairer Konkurrenz durch kommunale Unternehmen geschützt**. Wir werden weiterhin sicherstellen, dass sich Land und Kommunen nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck dies erfordert und wenn der dringende öffentliche Zweck durch private Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann. Wo der Staat oder öffentlichrechtliche Institutionen in von Privaten genauso gut zu bearbeitende Bereiche eindringen, wollen wir eingreifen.

Die FDP steht für eine **Kultur der Selbständigkeit und Eigenverantwortung** und wird deshalb geeignete Initiativen zur Erhöhung der Selbständigenquote ergreifen.

Statt staatliche Großprojekte zu finanzieren und überalterte Industrien zu fördern, **stärken wir die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit** des Landes. Durch den historischen **Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau** werden im Landeshaushalt künftig erhebliche Mittel freigesetzt, die wir in Zukunftsfelder investieren können. Investitionen für die Zukunft statt Subventionen für die Vergangenheit - das ist und bleibt unsere Leitlinie für die Regierungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist für die FDP der Ausstieg aus dem Subventionsbergbau unumgänglich – nicht zuletzt auch,

um die Gefahr weiterer Bergschäden zu minimieren. Und deshalb werden wir alle Möglichkeiten prüfen, den endgültigen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau im Einvernehmen mit den Beteiligten sozialverträglich möglichst noch früher als 2018 zu erreichen.

Für **industrielle Großvorhaben und Infrastrukturprojekte** wie den **Neubau modernster Kohlekraftwerke, sicherer Pipelines oder die CCS-Technologie** wollen wir Investitionssicherheit durch verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit schaffen. Dabei erhalten die **berechtigten Sicherheitsinteressen der Anlieger und die Umweltverträglichkeit** besondere Berücksichtigung. Voraussetzung für eine moderne Industrie in Nordrhein-Westfalen ist die Akzeptanz in der Bevölkerung. **Wir möchten diese Akzeptanz erhöhen, indem wir durch gezielte Information der Bevölkerung den positiven Wirkungszusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie vermitteln.**

Um unser Land auf dem Weg zu einem der führenden Regionalen Wirtschaftsräume Europas und der Welt weiter voranzubringen, will die FDP ein **industrielles Leitbild für Nordrhein-Westfalen** schaffen. Ein solches Leitbild sollte Branchen und Technologien umfassen, in denen Wirtschaft und Forschung zum einen gut aufgestellt sind und in denen sie zum anderen vielversprechende Märkte der Zukunft sehen. **Dazu gehören zum Beispiel die Entwicklung und Anwendung modernster Technologien zur Kohleverstromung** und zum Ausbau erneuerbarer Energien, Zukunftstechnologien für sauberes Trinkwasser sowie Forschung und Entwicklung solarthermischer Anlagen, neuer Energiespeichertechniken und innovativer Werkstoffe wie etwa besonders leichte und stabile Kunststoffe für die Automobilindustrie. Mit einem industriellen Leitbild, das die Forschung, Entwicklung und Produktion von Zukunftstechnologien mit globaler Bedeutung beinhaltet, wollen wir das Bewusstsein dafür schaffen, dass unsere Industrie einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Bewältigung der Zukunftsaufgaben leistet.

Die FDP begrüßt ausdrücklich, wenn sich Unternehmen zum Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen bekennen und auf eigenes Risiko, ohne staatliche Subventionen in die Schaffung neuer Arbeitsplätze investieren wollen. **Investitionshemmnisse wollen wir konsequent beseitigen.**

Die **FDP ist Jobmotor** für den Aufstieg in NRW. Wir haben die Zahl der Neuansiedlungen ausländischer Unternehmen in unserem Land mehr als verdoppelt. Dies ist ein eindrucksvoller Beleg für die neue Standortqualität NRWs.